Nr. 237a. XXXIII. Jahrgang **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 11. Mai 1904

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

71. Sitzung vom 10. Mai, 11 Uhr.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Minister des Inneren, Freiherr v. Hammerstein (fortfahrend):

Wie die Polen vorgehen, zeigt ja die Tätigkeit der polnischen Aerzteschaft, die es fertig gebracht hat, ihre deutschen Kollegen, welche die Ostmarkenzulage erhalten, anzuschwärzen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man ein solches Vorgehen eine Unverschämtheit nennt. (Beifall rechts, stürmische Protestrufe im Centrum und bei den Polen. Mehrere Minuten langer Lärm.) Wie die Polen denken, zeigt auch der Aufruf, den die polnische Nationalliga in Warschau erlassen hat. In diesem Aufruf werden die polnischen Brüder ermahnt, jetzt noch ruhig zu bleiben, da jetzt noch nicht der Moment gekommen sei, schon gegen Rußland loszuschlagen. (Heiterkeit.) Noch sei Rußland zu stark. Rußland werde durch den Krieg später schon gezwungen werden, ganz andere Saiten aufzuziehen. (Heiterkeit.) Das ist der erste Aufruf, der an die russischen Polen gerichtet ist. Ein zweiter Aufruf ist an die preußischen Polen gerichtet und speziell an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses. In diesem Aufruf werden die preußischen Polen aufgefordert, Haß gegen Preußen zu säen. In einem dieser Aufrufe heißt es: „Zerreißen wir die Fesseln! Auf zur Freiheit!“ (Rufe im Centrum und bei den Polen: Wo steht das?) Weiter heißt es in dieser Schrift: „Mit dem Schwerte in der Hand zieht das polnische Volk aus.“ (Die nächsten Worte gehen in den stürmischen Zwischenrufen der Polen, die fortgesetzt rufen: „Wo steht das?“ verloren.) Dieser Aufruf kommt aus Oesterreich. (Schallendes Gelächter bei den Polen.) Gewiß sind in diesen Schriften sehr viele Utopien enthalten. Die Dinge entstehen in einem überhitzten Hirn; bis sie zur Tat sich verdichten, ist noch eine lange Spanne Zeit erforderlich. Ich erzähle das aber, damit der Landtag erkennt, was wir gegebenen Falles zu erwarten haben. (Sehr richtig, rechts.) Deshalb soll auch in gewisser Beziehung diese Vorlage ein Kampfgesetz gegen die Polen sein; denn für uns heißt es: Videant consules, ne quid detrimentri capiat res publica! (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, lange anhaltendes Zischen bei den Polen.)

Abg. Dr. **v. Skarzynski** (Pole, schwer verständlich):

kritisiert bei fast völlig leerem Hause Einzelheiten der Vorlage. Der Grundsatz „Justitia fundamentum regnorum“ sei durch die Vorlage aufs schwerste verletzt. Ueber die polnischen Ansiedelungsbanken seien von dem Landwirtschaftsminister im Herrenhause haarsträubende Angaben gemacht, wohlweislich ohne Namensnennung. Aus dem Gesetz von 1886 müßte ein solches Kind geboren werden. Jetzt sei nun die Regierung in der Sackgasse. Es sei ein süßer Traum des Fürsten Bismarck gewesen, den Osten mit deutschen Bauern zu besiedeln; Fürst Bismarck habe aber nicht bedacht, daß diese Bauern dann in ihrer Heimat fehlen würden. Deshalb müsse es aus diesem Traum ein jähes Erwachen geben. Gegen den Wortlaut der Verfassung möge die Vorlage vielleicht nicht verstoßen, wohl aber gegen den Sinn der Verfassung und den gesunden Menschenverstand. Warum dieser Gesetzentwurf nicht auf die anderen Provinzen ausgedehnt sei, müsse man fragen. Warum beziehe er nicht auch Hannover und Hessen ein? (Beifall bei den Polen.)

Landwirtschaftsminister v. Podbielski:

Der Vorredner hat die Frage gestellt, warum dieser Gesetzentwurf nicht auf die anderen Provinzen ausgedehnt werde. Ich habe darauf zu antworten, daß gerade in den östlichen Provinzen die Frage, ob Kolonie oder Einzelansiedelung, nicht geregelt ist, während sie in den anderen Provinzen geregelt ist. Gerade in den östlichen Provinzen sind durch Verschleuderung der Verhältnisse zahlreiche Kolonien entstanden dadurch, daß man harmlose Einzellandsiedler in Kolonien setzte. Die Regierung sieht eine Belastung der Vorlage darin, daß die Kirchen- und Schulvorstände überall gehört werden sollen, um festzustellen, ob durch Neuschaffung der Ansiedelung die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Gemeinden berührt werden. Wir bedauern, daß das Herrenhaus diese Bestimmung aufgenommen hat. Die Vorlage selbst kann man in zwei Teile teilen. Der erste Teil modifiziert eine Menge von Rechtspunkten. Dieser Teil hat nicht die Ausstellungen hier im Hause erfahren wie der § 13, der einen gewissen Ausnahmecharakter trägt. Dieser § 13 ist meines Erachtens (Heiterkeit) eine unbedingte Notwendigkeit für die Regierung. Er ist angeregt im Herrenhause, wo zunächst Ausstellungen gegen das Vorgehen verschiedener Parzellierungsbanken gemacht wurden. Wer im Osten Bescheid weiß, wird wir zugeben müssen, daß dort oft Bauernhöfe zerschlagen und dann neue Ansiedelungen gegründet sind ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe der Ansiedler. (Sehr richtig! rechts.) Vergegenwärtigen Sie sich das Bild! Der Staat hat ein großes Parzellierungswerk übernommen. Ihm gegenüber erscheint nun seine große Reihe — in erster Linie polnischer — Parzellierungsbanken als Konkurrenten. Man hat in der Presse gesagt: Mit dieser Vorlage habe der Staat eine Bankerotterklärung seines Ansiedelungswerkes gegeben, und jetzt wolle er die unbequeme Konkurrenz beseitigen. Wahrlich — um so etwas handelt es sich nicht. Ich möchte die Herren bitten, wenn sie im Sommer eine Reise machen wollen, mit mir nach dem Osten zu fahren. (Zuruf des Abg. Dr. **v. Dziembowski-Pomian** (Pole): Sollen die Polen auch mit?) Ja! — Der Staat, davon werden Sie sich auf dieser Reise überzeugen, erfüllt überall seine Verpflichtungen, namentlich in öffentlich-rechtlicher Beziehung. Wie ganz anders ist das Bild bei den polnischen Parzellierungsbanken! Die öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen haben auf dem Lande die allergrößte Bedeutung. Das sind die Schwierigkeiten, die vor jeder Konsolidation gelegt werden müssen. Die polnischen Banken entziehen sich diesen Verpflichtungen aber überall. Die Polen haben mich aufgefordert, Namen zu nennen: Ich bin dazu bereit. In meiner Rede im Herrenhause habe ich mich auf folgende Güter bezogen. (Der Minister nennt eine Anzahl Güter, die aber infolge ihres polnischen Namens auf der Tribüne nicht verständlich sind.) Die Ansiedler waren da, die Bauerlaubnis wurde nicht erteilt. Da lehnt nun die Bank alle Verpflichtungen ab und läßt die Leute einfach sitzen. (Heiterkeit.) Ich gebe zu, daß die deutschen Unternehmer vielfach der gleiche Vorwurf trifft, indem sie sich oft auch den öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen entziehen. Ich sage ganz offen, daß, wenn es nach mir gegangen wäre, mir, um diesen Güterausschlächtern das Handwerk zu legen, am sympathischsten gewesen wäre, wenn man erst überall geordnete Verhältnisse geschaffen hätte. Ich komme nun zu dem zweiten Teil der Vorlage. Der ist ein ganz eigentümlicher (Heiterkeit), wie immer im politischen Leben. (Heiterkeit.) Das möchte ich gerade den Herren vom Centrum vor Augen führen. (Heiterkeit.) Das Polentum hat es in geschickter Weise verstanden, die Besiedelung mit politischen Zwecken zu verbinden. Dem Ansiedler geben die polnischen Banken nicht bloß das Land, nein, ehe er das bekommt, muß er auch in ihre Genossenschaft eintreten. Und diese Genossenschaft steht wieder in Wechselwirkung zu seinem Ankaufe. Nun sagen die Herren von der polnischen Fraktion natürlich: Wir sind gegen die Schuldner sehr liberal. Aber gegen welches Entgelt sind sie liberal? Sie haben die Leute zu Heloten gemacht, Sie haben die Leute abhängig gemacht von Ihrem Gelde. (Widerspruch bei den Polen.) Es ist für Sie nicht genug damit, daß Sie Polen ansiedeln, sondern Sie machen sie auch abhängig. (Zuruf bei den Polen: Ansiedlungskommission!) Die Ansiedlungskommission macht die Leute nicht abhängig. Ich habe schon im Herrenhaus darauf hingewiesen, was für Verträge abgeschlossen werden. Da ist ein Gut Sulin, ich weiß nicht, in welchem Kreise es liegt, da ist ein Pachtvertrag abgeschlossen mit 100 Mark pro Morgen. Der Vertrag enthält aber folgenden hübschen Zusatz in Paragraph 7, daß der Pachtzins des Gutes, wenn das Gut nicht nach einer bestimmten Zeit käuflich erworben wird, sich auf jährlich 240 Mark erhöht. Meine Herren! Das ist doch ein Strick. (Der Minister macht dabei die Bewegung des Halsabschneidens.) Wenn das kein Strick ist, dann weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Die Leute sind doch der Bank mit Leben und Seele verkauft. 1200 Mark werden Kaufpreis für den Morgen gezahlt. (Zurufe bei den Polen: Für den Morgen?) Nein, für den Hektar. Das sind doch Zahlen, die zu denken geben. Aus dem Gelde der Leute, die die Kontrakte unterschrieben haben, haben die polnischen Banken recht fette Dividenden gegeben. Ich meine auch, ein Mann, der nur 15 Prozent für landwirtschaftlichen Grund und Boden anzahlen kann, ist von vornherein gerichtet. Wie soll er außerdem die 5 Prozent Zinsen aufbringen, die die polnischen Banken fordern? Dazu kommt noch die straffe Verbindung mit der Genossenschaft. Nach den Kontrakten wird das Restkaufgeld stets fällig mit dem Tage, wo der Besitzer aus der Genossenschaft austritt oder ausgeschlossen wird. Es handelt sich für die preußische Regierung nicht um eine lästige Konkurrenz, sondern es handelt sich hier um staatsgefährliche Institutionen, die beseitigt werden müssen. In den polnischen Landesteilen werden jetzt von den polnischen Banken Kontrakte vorgelegt, wie sie bei den berüchtigtsten deutschen Güterschlächtern nicht gefunden werden. Die Merkmale sind geringe Anzahlungen, hohe Verzinsung des Restkaufgeldes, Verlust aller aufgewendeten Mühen und Entschädigungen für die Besitzer, sobald sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, Expulsion. Natürlich kommt es zu alledem nicht, weil sie die Leute in dieser Abhängigkeit erhalten wollen. Dies Wohlwollen muß dann im Wahlzettel wieder zum Ausdruck kommen. Man sagt, wir wollten den Polen den Ankauf von Grund und Boden in ihrer Heimat verbieten. Das ist nicht richtig. Wir wollen nicht einem Polen verbieten, einen Bauernhof von einem Deutschen oder Polen zu kaufen. Hier handelt es sich lediglich um eine Parzellierungstätigkeit, man will nur der ungesunden Parzellierung meiner Ansicht nach mit Recht die Tür zumachen. Wenn es sich hier auch um ein Ausnahmegesetz handelt, so ist dies doch begründet, weil Gefahr im Verzuge ist, eine Gefahr, die weit über das hinausgeht, was die Herren glauben. Wenn einer von den Herren nach Osten geht, so kann er als Deutscher zu keinem anderen Urteil kommen, als daß wir, was Fürst Bismarck auf diesem Boden uns hinterlassen hat, unentwegt vorwärts gehen müssen. Es wäre das größte Unglück, sollten wir von dem betretenen Wege abgehen. Der Tag ist leider noch sehr entfernt, ich wünsche ihn mir, wo die Polen ihre Aspirationen lassen, wo sie sich bequemen, wirklich patriotische Preußen zu werden, sich zu fühlen, auf das innigste verknüpft mit dem Wohl und Wehe unserer Monarchie. Mit den Polen, die Aspirationen haben auf Trennung von Preußen, mit denen ist nun und nimmermehr zu rechten. Sie mögen, aus welchen Gründen Sie wollen, für die Herren stimmen, es kommt einst der Tag (Heiterkeit), wo Sie sehen, daß mit dieser Staatsraison nun und nimmermehr ein gutes Deutschland und Preußen erhalten werden kann. So gern ich zugebe, daß diese Vorlage ein Ausnahmegesetz ist, wir brauchen diese Waffen! Die Herren Polen sollten sich nicht immer als die Lämmlein hinstellen, sondern seien Sie (zu den polnischen Abgeordneten) offen und ehrlich als Männer, im Interesse des Polentums flehen wir Sie an (Heiterkeit), und sagen Sie, wir wollen weiter nichts als los von Preußen und womöglich ein neues Reich haben, das, wie ich fürchte, nicht gut aussehen wird!“ (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. **Peltasohn** (fr. Vg.):

Die Einzelheiten der Vorlage werden wir in der Kommission prüfen können. Der Güterschlächterei Vorschub zu leisten, liegt uns fern, aber die Bestimmung des § 13 ist für meine politischen Freunde und mich unannehmbar. Wenn das Treiben polnischer Banken beschränkt werden soll, sind wir bereit, die Regierung zu unterstützen, aber wir wollen das nicht durch ein Ausnahmegesetz tun. Vielleicht ist es in anderer Weise möglich. Durch ungerechte Maßregeln wird aber nur die Beunruhigung hervorgerufen werden, die schon jetzt herrscht und sich ausdehnt auf alle Kreise, die bisher verhältnismäßig wenig von der Agitation ergriffen waren. Wer die Verhältnisse in Posen und Westpreußen kennt, dem wird es nicht entgangen sein, mit welcher Beharrlichkeit die kleinen Leute daran festhalten, ein Stückchen Land zu bekommen. Es ist ein wahrer Landhunger. Man muß schon innerlich fühlen, daß diese ungerechten Maßnahmen nicht zur Stärkung des Deutschtums dienen können. Wir müssen in den polnischen Landesteilen das Heimatsgefühl stärken. Um das zu tun, kann ich Sie nur bitten, werfen Sie das Kuckucksei des § 13 aus dem Nest! (Beifall links.)

Das Haus vertagt sich.

Persönlich bemerkt

Abg. **Rören** (Ctr.):

Der Minister des Innern, Freiherr v. Hammerstein hat heute von mir gesagt, ich hätte den Mund etwas voll genommen. Obgleich es bisher die Gepflogenheit der Minister nicht war, einen Abgeordneten so etwas vorzuwerfen, der in Erfüllung parlamentarischer Pflichten seinen abweichenden Standpunkt vertreten hat, so hat mich doch bei dem Minister Freiherrn v. Hammerstein bei seinen Antecedentien nicht gewundert, daß er auch heute die Gepflogenheit aller Minister unberücksichtigt gelassen hat. (Sehr wahr! im Centrum.) Was mich betrifft, so würde mich, wenn ich auch von der Rede des Ministers v. Hammerstein den Eindruck gewonnen hätte, daß er den Mund sehr voll genommen hätte (Glocke des Präsidenten), doch das Taktgefühl, will ich sagen, abgehalten ...

Präsident **v. Kröcher:**

Was Sie jetzt sagen, ist unzulässig.

Abg. **Rören** (fortfahrend):

Wenn dann der Minister v. Hammerstein betont hat, daß ich als Staatsbeamter den Mund sehr voll genommen hätte, so hat es mich doch gewundert, daß der Minister v. Hammerstein noch nicht die parlamentarische Kenntnis hat, daß er nicht gewußt haben sollte, daß wir hier nicht als Staatsbeamte, sondern als Abgeordnete sind (Sehr gut! im Centrum), und daß wir als solche für das, was wir sagen, lediglich unserem Gewissen verantwortlich sind und niemandem anders. Was die übrigen Ausführungen des Ministers angeht, so glaube ich, daß der Minister selbst sie wohl nicht so hoch qualifiziert hat (Glocke des Präsidenten), daß er erwartet, daß ein Jurist überhaupt darauf antworten würde. (Unruhe rechts, Sehr gut! im Centrum und bei den Polen.)

Präsident **v. Kröcher:**

Das war nicht mehr persönlich.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. Bericht der Geschäftsordnungskommission über einen Antrag auf Strafverfolgung wegen Beleidigung des Hauses. Fortsetzung der ersten Lesung des Ansiedelungsgesetzes, erste Lesung der Gesetzentwürfe betreffend die Dienstbezüge der Kreistierärzte und betreffend die Gebühren für Medizinalbeamte, kleinere Vorlagen).

Schluß 1/24 Uhr.

Herrenhaus.

12. Sitzung vom 10. Mai, 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Ministertische: Kommissare.

Den gestern eingebrachten Antrag v. Rheden und Genossen betreffend Aufrechterhaltung der §§ 5 und 14 des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes zieht Freiherr v. Manteuffel namens der Antragsteller zurück unter der Motivierung, daß zum Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung eine dem Antrage inhaltlich gleiche Resolution eingebracht werden wird.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen.

Ueber die Petition des Schriftstellers J. Fränkel in Berlin um Maßnahmen seitens der Staatsanwaltschaft zur Vermeidung des Eintritts von Verjährungen bei den in Nachdruckfachen anzustellenden Ermittelungen geht das Haus debattelos zur Tagesordnung über.

Eine Petition des Gewerbevereins in Schweidnitz um Ausbau der Nebenbahn Schweidnitz-Zobten-Breslau als Vollbahn wird nach Befürwortung durch die Herren Professor Hillebrand-Breslau und Graf v. Seidlitz-Sandretzki der Regierung als Material überwiesen.

Gleichfalls als Material werden der Regierung überwiesen Petitionen des Vorstandes des landwirtschaftlichen Vereins der Kreise Krotoschin und Koschmin um den Bau einer Vollbahn Militsch—Trebnitz—(Gr. Totschen)—Oswitz und um den Ausbau der Strecke Gnesen—Militsch als Vollbahn.

Gemeinsam verhandelt werden die Petitionen des Oberbürgermeisters Nollau in Remscheid um Rückerstattung von Grunderwerbskosten im Gebiete des Stadtkreises Remscheid für die Bahnlinie Remscheid—Solingen und des Oberbürgermeisters Dicke in Solingen um Rückerstattung der von der Stadt Solingen für die Bahnlinie Solingen—Remscheid aufgewendeten Grunderwerbskosten.

Entsprechend dem Antrag der Kommission geht das Haus über diese Petitionen zur Tagesordnung über.

Die Denkschrift über die Entwickelung der Nebenbahnähnlichen Kleinbahnen in Preußen und Nachweisungen der bis zum Schluß des Jahres 1903 bewilligten oder in Aussicht gestellten Staatsbeihilfen aus dem zur Förderung des Baues von Kleinbahnen bereitgestellten Fonds sowie der bis zum Schluß des Jahres 1902 aufgekommenen Rückeinnahmen auf Staatsbeihilfen für Kleinbahnen wird, dem Antrage der Kommission entsprechend, durch Kenntnisnahme erledigt.

Darauf wird in einmaliger Schlußberatung der Hauptverwaltung der Staatsschulden über einige Rechnungen Entlastung erteilt.

Es folgt der Bericht der Kommission über die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 26. April 1886 betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen für das Jahr 1903.

Graf **Finckenstein-Schönberg**

rühmt die segensreiche Tätigkeit der Ansiedelungskommission. Er richtet an die Regierung die Bitte, beim Ankauf von Gütern nicht nur die Vermittelung einer Landbank, sondern auch die tüchtiger Agenten zu benutzen und nach Möglichkeit Ankäufe von Gütern leistungsfähiger Deutschen nicht zu machen.

Ein **Regierungskommissar**

sagt Berücksichtigung dieser Wünsche zu.

Graf **Schlieben**

weist darauf hin, daß die Ansiedelungskommission verschiedene Ankäufe von deutschen Grandseigneurs gemacht habe.

v. Buch

wünscht, daß die Landbank von der Vermittelung völlig ausgeschlossen wird.

v. Schlichting

ersucht um möglichste Berücksichtigung der Gutspächter, einer für die Germanisierung sehr wichtigen Klasse.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird die Denkschrift, entsprechend dem Antrag der Kommission, durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Den Gesetzentwurf betreffend eine Abänderung des Gesetzes vom 25. Dezember 1869 betreffend die Hannoversche Landeskreditanstalt beantragt der Berichterstatter,

Oberbürgermeister **Struckmann** (Hildesheim)

unverändert anzunehmen.

Ohne Debatte beschließt das Haus dementsprechend.

Sodann berichtet

Dr. Freiherr **Lucius v. Ballhausen**

über die Denkschrift über die Ausführung der Gesetze betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten vom 13. August 1895, vom 2. Juli 1898, vom 23. August 1899, vom 9. Juli 1900, vom 16. April 1902 und vom 4. Mai 1903 und verbindet damit den Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten.

Entsprechend dem Kommissionsantrage wird die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt und der Gesetzentwurf ohne Debatte angenommen.

Der Berichterstatter

Dr. Freiherr **v. Ballhausen**

macht Mitteilung von einigen zu diesem Gesetzentwurfe eingegangenen Petitionen, die sich gegen den Entwurf richten, und bittet, sie durch die Annahme des Entwurfes für erledigt zu erklären.

Das Haus verfährt dementsprechend.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Kottbus wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt der Bericht der Kommission über die Petition des Justizrats Dr. Baumert in Spandau um Abänderung des § 9 des Einkommensteuergesetzes behufs Abzugsfähigkeit der von dem zum Gewerbe- oder Bergwerksbetriebe dienenden Grundeigentum zu entrichtenden Kommunalsteuern von dem Einkommen.

Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Berichterstatter,

Oberbürgermeister Dr. **Giese**-Altona

weist mit Bedauern auf die ablehnende Haltung hin, die das Ministerium dieser Frage gegenüber seit Jahren einnehme.

Oberbürgermeister **Zweigert** (Essen)

betont, daß eine Reihe von Gründen, die er nicht näher anführen wolle, gegen die Abzugsfähigkeit der Kommunalsteuern spreche. Unser Steuersystem sei zu Gunsten gekommen infolge einer ganzen Reihe von Kompromissen und bilde ein organisches Ganzes, von dem man nicht einen Teil wegnehmen könne, ohne das Ganze zu zerstören. Er werde gegen den Kommissionsantrag stimmen. — Im Gegensatz zu ihm erklärt

Freiherr **v. Durant,**

seine politischen Freunde hielten die Abzugsfähigkeit nicht nur für möglich, sondern sogar für nötig.

Dr. **v. d. Goltz**

hält die Abzugsfähigkeit für diskutabel. Er bedauere es, daß die Einschätzung immer mehr in die Hände von Subalternbeamten gekommen sei. Die heutigen Landräte verwüchsen nicht mehr in der Weise wie früher mit ihren Kreisen und zwar deshalb, weil die meisten Landräte ihre Stellung nur als Durchgangsstation betrachteten und nur daran dächten, Karriere zu machen. Das Einkommensteuergesetz bedürfe einer gründlichen Revision. Flickwerk könne zu nichts nutzen. (Beifall.)

Graf **Schlieben**

betont, daß auch seine politischen Freunde eine grundlegende Revision des Einkommensteuergesetzes erwarten. Der Herausgreifung eines einzelnen Punktes könnten sie nicht zustimmen.